

Linz, am 26.06.2024

Lebensmittelkompetenz für bewussteres Einkauf- und Essverhalten

Der OÖ Bauernbund fordert im Zuge der morgigen Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ unter anderem: Die Förderung der Lebensmittelkompetenz und die konsequente Umsetzung des Best-vor Billigstbieter-Prinzips in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung.

Die Vermittlung und Förderung der Lebensmittelkompetenz ist entscheidend für die Weiterentwicklung des Tierwohls. Die Diskussion um Tierwohl in der Nutztierhaltung hat in Österreich in den letzten Jahrzehnten an Intensität gewonnen. Umfangreiche Bemühungen (Investitionsanreize für Stallbauten, Gestaltung agrarpolitischer Rahmenbedingungen) zeigen, wie ernst Österreich das Thema Tierwohl nimmt. Diese positive Entwicklung darf aber nicht nur einseitig auf Seiten der bäuerlichen Familienbetriebe stattfinden, sondern muss besonders auch von den Verbrauchern mitgetragen werden.

„Die Ausweitung der Tierwohl-Produktion hängt vom Kaufverhalten ab. Obwohl Konsumenten in Umfragen Tierwohl-Produkte bevorzugen, spiegelt sich das nicht im Kaufverhalten wider. Daher sollte die Vermittlung von Lebensmittelkompetenz früh, z.B. in der Lehrerausbildung, beginnen. Projekte wie „Schule am Bauernhof“ oder die Abhaltung von „Projektwochen“ sind wichtig, um jungen Menschen Wissen über Landwirtschaft, Ernährung, Natur und Gesundheit zu vermitteln, betont OÖ Bauernbund-Fraktionsobfrau LK-Vizepräsidentin Rosemarie Ferstl und fügt hinzu: „Generell braucht es eine bundesweite Informationsoffensive in der Bevölkerung, in der die hohen landwirtschaftlichen Produktionsstandards (Tierwohl, Umwelt etc.) den Konsumenten nähergebracht werden. Ziel muss es sein, dass sich die Konsumenten der hohen Qualität österreichischer Lebensmittel bewusst sind und daher auch bereit sind, mehr für diese Produkte zu bezahlen. Das sichert sowohl das wirtschaftliche Fortbestehen der Höfe als auch die Versorgungssicherheit.“

Die Resolution zum „Best-vor-Billigstbieter-Prinzip“ richtet sich auf die Implementierung eines bundesweiten Monitoringsystems zur Überprüfung der Zielerreichung des Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung. Trotz der Zielsetzung, bis 2030 einen Bio-Anteil von 55% bei der öffentlichen Beschaffung von Lebensmitteln zu erreichen, zeigen die aktuellen Ergebnisse, dass oft immer noch Billigstbieter den Zuschlag erhalten, ohne dass nachhaltige Kriterien ausreichend berücksichtigt werden.

„Beide Resolutionen unterstreichen die Dringlichkeit, rasch Maßnahmen zu setzen und Bildungsinitiativen zu verankern“, erklärt Ferstl.

Weitere Forderungen des OÖ Bauernbundes in der Vollversammlung sind:

Eine praxistaugliche Ausgestaltung sowie einen zeitlichen Aufschub der EU-Entwaldungsverordnung zu erzielen.

+++

Rückfragenhinweis:

DI Michael Harant, BEd BSc

+43 732 773866 - 811

+43 664 8326212

michael.harant@ooe.bauernbund.at